19

Düsseldorf, Sonntag 28. März 1965

Sprecher: Adenauer, Barzel, Burgbacher, Dichtel, Dufhues, Erhard, Fricke, Gradl, Gurk, von Hassel, Hellwig, Klepsch, Kohl, Kraske, Krone, Lemke, Lemmer, Lücke, Meyers, Mikat, Röder, Scheufelen, Schmidt, Schmitz, Frau Schwarzhaupt, Süsterhenn.

Verlauf des Bundesparteitags 1965.

Beginn: 15.00 Uhr *Ende: 17.20 Uhr*

Verlauf des Bundesparteitags 1965

Adenauer: Meine Damen und Herren! Sind noch Unlegitimierte hier im Saal? (*Zuruf:* Noch einige!) Herr Dr. Krone, warum distanzieren Sie sich so? Kommen Sie bitte nach vorn. Herr Dufhues sagt mir, nachdem Sie in Amerika waren[1], distanzierten Sie sich so! *(Heiterkeit.)* Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen und muß um Entschuldigung bitten, wenn vielleicht nicht alles so klappt, wie Sie es sich wünschen. Die Vorbereitungen sind bis zum Letzten geführt worden. Ich habe z. B. das umfangreiche Schriftstück über den Verlauf dieser Sitzung hier erst vor dem Essen dort drüben bekommen.

Nun, meine lieben Freunde, möchte ich Sie bitten, doch zu berücksichtigen, daß das der letzte Parteitag vor der Bundestagswahl ist. (*Röder:* Vor den Wahlen!) Vor den Wahlen, wenn Sie wollen; Sie meinen jetzt die Wahl an der Saar und die Bundestagswahl. Meine Freunde, ich habe das deshalb gesagt, weil von Herrn Kollegen Dufhues vorgeschlagen wird, auf diesem Parteitag keine Entschließungen zu fassen. Wollen Sie etwas dazu sagen, Herr Dufhues?

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Sie verkennen die tiefe Einsicht aller Ausschüsse und Vereinigungen der CDU in die Notwendigkeiten und Aufgaben dieses Parteitages. Es ist in der Tat der Versuch gemacht worden, einzelne Anträge einzubringen. Die höchste staatspolitische Einsicht haben von vornherein die Sozialausschüsse bewiesen, indem sie keine Anträge gestellt haben. Die übrigen Vereinigungen, die Mittelstandsvereinigungen, die Frauenvereinigungen usw., haben auf gutes Zureden hin ihre Anträge zurückgezogen, ausschließlich der Landesverband Hamburg hat noch einen Antrag gestellt, der die Bestellung von Staatsministern vorsieht, um die

1 Vom 16. bis 26. März 1965. Unterlagen in ACDP I-028-005/4.

Verfassungswirklichkeit ein wenig zu bereichern. Ich meine, auch mit Hamburg sollte man sprechen.[2]

Dieser Parteitag muß bei jedem Wort, das gesprochen wird, die Notwendigkeit berücksichtigen, die Bundestagswahl vom 19. September 1965 vorzubereiten. Jedes Wort, was nachteilig ist, muß unterbleiben, und jedes Wort, was die Wahl fördert, muß gesprochen werden. Diskussionen um ausgefeilte Entschließungen, in denen möglicherweise starke Unterschiede in Erscheinung treten können, können m.E. die Vorbereitungen der Bundestagswahl nicht fördern; ich bin deshalb allen dankbar, die entweder auf Zureden oder aus eigener Einsicht davon abgesehen haben, derartige Anträge zu stellen.

Adenauer: Das ist alles gut und schön, aber wer glaubt, daß man damit unsere Leute im Lande zufriedenstellen kann, der irrt sich. Ich bitte Sie auch, sich einmal klarzumachen, wie es aussieht, wenn dieser Parteitag nach drei Tagen zu Ende geht, ohne daß irgendwie ein konkreter Beschluß gefaßt worden ist. Es ist vorgesehen, einige allgemeine Beschlüsse nachher zu fassen.

Meine Herren! Es ist eine sehr wichtige Frage. Ich verkenne sicher nicht, daß Herr Dufhues glaubt, die Verhandlungen mit Recht abzukürzen, aber damit sind die Fragen nicht aus der Welt geschafft. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß in einer Zeit wie der unsrigen, in einer wirklich sehr schwierigen Zeit, Fragen schweben, auf deren Beantwortung unsere Freunde im Lande warten.

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Ich habe mich zunächst veranlaßt gesehen, zu der Frage der Entschließungen Stellung zu nehmen. Die weitere Diskussion zwingt naturgemäß dazu, die Anlage des Parteitages darzulegen, damit Sie auch Verständnis gewinnen für die Einzelentscheidungen, die wir für richtig gehalten haben, soweit es sich um Entschließungen und Anträge einzelner Gruppen, Ausschüsse usw. handelt.

Wir haben die Frage eines Wahlprogramms sowohl im Präsidium der CDU wie auch in anderen Gremien sehr eingehend besprochen. Von vornherein bestand Klarheit über zwei Fragen. Sie werden sich erinnern, daß der letzte Bundesparteitag den morgen beginnenden Bundesparteitag beauftragt hat, eine Grundsatzerklärung über das Selbstverständnis der CDU vorzulegen[3], an deren Vorbereitung hervorragende Theologen, Philosophen, Soziologen und letzten Endes auch unser Parteifreund Gerstenmaier mitgearbeitet haben.

Nach mehrfacher Beratung im Präsidium, Vorstand und Parteiausschuß sind wir jeweils einstimmig zu dem Ergebnis gekommen, daß es sich hierbei um derart subtile Fragen der Grundsätze unserer Politik und des Status der Union handelt, daß ein Wahlparteitag keinesfalls die Ruhe und die Möglichkeit bietet, diese Fragen

---

2 Parteitagsunterlagen in ACDP VII-004-347/2+3. Druck: CDU, 13. Bundesparteitag. – Der Antrag des Landesverbands Hamburg wurde am 28. März 1965 zurückgezogen (ACDP VII-004-347/2).

3 Entschließung Nr. 2 des Arbeitskreises I „Grundsatzfragen – Fragen der Parteiarbeit". Druck in: CDU, 12. Bundesparteitag S. 508.

mit der notwendigen Intensität und Sorgfalt zu prüfen und darüber zu entscheiden. Deshalb haben sowohl das Präsidium wie der Vorstand wie auch der Ausschuß jeweils einstimmig beschlossen, von der Einbringung einer derartigen Grundsatzerklärung auf diesem Parteitag abzusehen.

Zum zweiten waren wir uns – und hier hat insbesondere die Bundestagsfraktion der CDU/CSU sehr gewichtige Argumente vorgetragen – darüber einig, daß es sich nicht empfiehlt, ein dezidiertes und Einzelfragen berücksichtigendes Programm etwa für die nächsten vier Jahre auf diesem Parteitag zu verabschieden. Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU steht während der kommenden drei Monate vor schwierigen Entscheidungen, aber auch vor ebenso schwierigen Auseinandersetzungen mit der Sozialdemokratie. Ein Wahlprogramm, auch ein Programm für die nächsten vier Jahre, kann nicht unter Berücksichtigung der subtilen Auseinandersetzungen in einem Parlament formuliert werden. Die Fraktion der CSU käme in eine schwierige Lage, wenn die Sozialdemokratie bei jeder Gelegenheit in der Lage wäre, der Fraktion die Formulierungen dieses Parteitages zur Politik der nächsten vier Jahre entgegenzuhalten.

Ich fürchte, daß dabei die Situation der CDU/CSU insgesamt Schaden leiden würde. Darin bin ich einig mit allen Mitgliedern des Präsidiums einschließlich des Vorstandes der Fraktion der CDU/CSU, die an der Beratung dieser Frage mitgewirkt haben. Also auch dieses Programm der nächsten vier Jahre kann nicht auf diesem Parteitag verabschiedet werden. Wir haben in Aussicht genommen, daß der Bundesparteiausschuß der CDU etwa Ende Juni, Anfang Juli zusammentritt, um ein solches Programm zu verabschieden, und zwar nach sehr sorgfältiger Vorbereitung und nach Abschluß der wesentlichen Arbeiten und Aufgaben der Bundestagsfraktion. Soweit es sich um die Programmatik der CDU, um die Formulierungen unserer Vorstellungen über die Zukunft der Arbeit der Christlich-Demokratischen Union handelt, ist Verschiedenes vorbereitet worden.

Einmal wird der Herr Bundeskanzler Professor Erhard am dritten Tage dieses Parteitages – wie ich meine – als Höhepunkt dieses Tages eine Erklärung abgeben, in der er also seine Vorstellungen über die Gestaltung der Zukunft, vor allem über die gesellschaftspolitischen Probleme und Aufgaben usw., formuliert. Sie wird ihr Schwergewicht im Bereich der Innenpolitik – hier vor allem der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik – finden, aber auch wesentliche Fragen der Außenpolitik berücksichtigen. Ich meine, daß wir gut daran tun, wenn wir diese Erklärung des Herrn Bundeskanzlers Erhard – er wies darauf hin, daß die europäischen Fragen selbstverständlich in seiner Rede einen gewichtigen Platz einnehmen werden – als einen wesentlichen Teil der Programmatik auch im künftigen Wahlkampf verwerten.

Darüber hinaus erwarten wir von den Arbeitskreisen eine Bereicherung des Programms und der programmatischen Aussage unserer Partei. Die Arbeitskreise haben auf diesem Parteitag nicht den Auftrag, nun mit letzter Subtilität unterschiedliche Meinungen zu klären und kontroverse Auffassungen bis zum letzten auszutragen. Die wesentliche Aufgabe dieser Arbeitskreise ist, dazu beizutragen, in den verschiedenen

Teilbereichen, bis in den Bereich – und das halten wir für sehr wesentlich und sehr bedeutsam angesichts der Bundestagswahlen – der Bildung, Ausbildung, der Schulen usw., unsere Auffassungen zu formulieren und damit die Grundlagen zu erarbeiten auch für die entsprechende Vorbereitung des Wahlkampfes auf diesen Gebieten.

Dasselbe gilt für die anderen Arbeitskreise, z. B. für den Arbeitskreis, der sich mit den Umweltbedingungen, Wohnungsproblemen, Verkehrsproblemen und anderen Fragen befaßt; das gilt aber ebenso für die Arbeitskreise, die sich mit den Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wie mit den Fragen des sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens befassen. Alle diese Arbeitskreise haben also den Auftrag, die Programmatik der CDU anzureichern und die Möglichkeit zu geben, sie kurzfristig so zu formulieren, daß sie auch ausreichendes Material bilden für die Vorbereitung der Bundestagswahlen. Das zu den Arbeitskreisen.

Hierzu noch eine Ergänzung: Es kommt uns bei der Berichterstattung über die Arbeitskreise nicht entscheidend darauf an, daß mit letzter Sorgfalt das letzte Wort wiedergegeben wird, das in den Arbeitskreisen gesprochen worden ist. Wir haben hier vor allem junge Parteifreunde gebeten, um die Verjüngung der CDU auch in der politischen Verantwortung darzutun, die vor dem Plenum des Bundesparteitages über die Ergebnisse der Beratungen der Arbeitskreise zu berichten haben. (*Zuruf:* Wie alt sind die?) Wenn sich nicht jeder so jung fühlt, kann ich es nicht ändern. Fühlen Sie sich doch alle so jung wie Herr Adenauer, dann haben wir die Wahlen schon gewonnen! *(Beifall und Heiterkeit.)* Ich lege also großen Wert darauf, daß die Berichte der Arbeitskreise nicht mit der Sorgfalt eines rheinischen Notars erstattet werden, sondern mit jenem politischen Fingerspitzengefühl, das notwendig ist. (*Zurufe:* Und die westfälischen Notare?) Ach, die rheinischen sind hier den westfälischen überlegen. Das gilt nicht nur für die materielle Trennung dieser Tätigkeit. *(Heiterkeit.)* Es kommt darauf an, daß wir den Bundesparteitag davon überzeugen, daß in den Arbeitskreisen Dinge beraten worden sind, die für die Zukunft unseres Volkes von großer Bedeutung sind.

Sie wissen, daß außerdem durch Herrn Gerstenmaier ein Vortrag vorbereitet wird, der sich mit den Problemen des nationalen Selbstbewußtseins und ähnlichen Fragen befaßt. Wir erwarten davon sehr viel. Große Bedeutung hat in diesem Zusammenhang der Vortrag unseres Freundes Dr. Barzel, der einen nüchternen Geschäftsbericht über die Arbeit der Fraktion zu den Akten geben wird. Er liegt zu Beginn des Parteitages vor. Er wird aber außerdem die Aufgaben, Zielsetzungen und seine persönlichen Überlegungen zur künftigen Politik vor dem Parteitag formulieren.

Schließlich haben wir in letzter Stunde doch noch so etwas vorbereiten können wie eine Düsseldorfer Erklärung[4]. Ich darf Ihnen verraten, daß die Formulierung dieser Erklärung – eine Art Grundsatzerklärung – auf ungewöhnliche Schwierigkeiten gestoßen ist, weil nur wenige bereit waren, daran mitzuarbeiten, und diejenigen, die

4 Wortlaut der „Düsseldorfer Erklärung" in: CDU, 13. Bundesparteitag S. 724–726. Vgl. auch KLEINMANN: CDU-Geschichte S. 246 f.

zunächst zugesagt hatten, letzten Endes dann doch ihre Zusage nicht haben halten können.

Deshalb ist der Entwurf der Grundsatzerklärung erst in den letzten Tagen eingegangen. Ich halte es für notwendig, daß dieser Entwurf zunächst noch in einem kleinen Kreis vorberaten und dann erst darüber entschieden wird, ob er in der vorliegenden Fassung oder mit einzelnen Korrekturen dem Bundesparteitag vorgelegt werden soll.

Damit habe ich Ihnen, meine Damen und Herren, einen Überblick über das gegeben, was an programmatischen Überlegungen und Fakten verabschiedet und gegeben werden soll. Ich meine, daß das den Bedürfnissen und Notwendigkeiten des Bundesparteitages entspricht.

Adenauer: Meine lieben Parteifreunde! Ich kann mich mit einzelnen Ausführungen vom Herrn Kollegen Dufhues nicht einverstanden erklären. Zunächst möchte ich feststellen, daß ich von dieser Düsseldorfer Grundsatzerklärung in diesem Augenblick zuerst ein Wort überhaupt höre; ich meine nicht, was da drin steht, sondern daß eine vorbereitet wurde. (*Dufhues:* Das haben wir doch besprochen!) Nein, das haben wir nicht besprochen. Sie haben eben selbst gesagt, es ist noch gelungen, im letzten Augenblick das fertigzubekommen. (*Dufhues:* Die Formulierung!) Auf die Formulierung kommt es doch an! (*Dufhues:* Aber, Herr Bundeskanzler ...) Verzeihen Sie, Herr Dufhues, ich habe Sie nicht unterbrochen, bitte unterbrechen Sie mich auch nicht.

Meine Herren! So wichtig und so wertvoll dieses Gesellschaftsprogramm oder Programm für eine Gesellschaftspolitik für uns sein wird, das der Herr Bundeskanzler Erhard der Öffentlichkeit am letzten Tag mitteilen wird, so ist es ganz ausgeschlossen, daß wir unbesehen ein solches Programm als das unsrige erklären. Darüber müssen Sie sich doch klar sein, Herr Dufhues, das geht doch nicht! Wir sind doch schließlich auch noch selbstdenkende Menschen. Ich weiß gar nicht, warum wir überhaupt hier zusammengekommen sind, wenn die Sache so holterdiepolter abgemacht werden soll. Ich verstehe das einfach nicht. Ich verstehe auch nicht – lassen Sie mich das bei der Gelegenheit noch sagen –, daß wir keinen Gottesdienst haben. Wir hatten sonst jedesmal einen evangelischen und einen katholischen Gottesdienst. Diesmal sind sie ausgefallen. Warum, weiß ich nicht. Ich habe den Herrn Kraske gefragt, als ich das gesehen habe. Da hat er mir gesagt, es sei so schwer, auf evangelischer Seite Herren für einen Gottesdienst zu finden. (*Bewegung und Unruhe. – Schmidt:* Wieso?) Er hat nicht gemeint als Zuhörer, Herr Kollege Schmidt, sondern er meinte den Zelebrierenden, also einen Geistlichen zu finden.

Ich habe das heute morgen auch dem Herrn Meyers gesagt bei Tisch. Und Herr Meyers erklärte, es wäre eine Kleinigkeit gewesen, einen Herrn zu finden. Also, meine Herren, Sie mögen aber darüber entscheiden. *(Unruhe und Bewegung.)* Ich möchte nur sagen, daß wir gefragt werden von der Presse und der gesamten Öffentlichkeit, auch von unseren Leuten: Was habt ihr denn auf dem Parteitag beschlossen? – Was sollen wir da sagen? Ich wüßte keine Antwort.

Barzel: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dufhues war bereits so liebenswürdig, in seinem Bericht auf einige Bedenken der Bundestagsfraktion gegen ein konkretes Wahlprogramm zu diesem Zeitpunkt hinzuweisen. Wir legen natürlich auch Wert darauf, daß ein solches Wahlprogramm etwa Anfang Juli vorgelegt wird. Wir brauchen das für die Wahl. Wir sind aber diesmal in einer anderen Lage als vor den anderen Wahlen, weil wir keine Majorität im Hause haben und weil beim besten Willen keiner von uns sagen kann, welcher Teil unseres Gesetzgebungsprogramms noch verwirklicht werden wird. Das kann im Hinblick auf die Schwierigkeiten in der Koalition überhaupt keiner sagen.

Nehmen Sie eine praktische Frage wie die Lohnfortzahlung[5], ob wir sie noch schaffen oder nicht schaffen. Wenn wir sie nicht schaffen, dann muß sie in das Wahlprogramm hinein. Das aber sollten wir im Juli sagen. Nehmen Sie etwas anderes. In einem Wahlprogramm muß natürlich ein konkreter Satz über die Kriegsopfer stehen. Wir können aber im Augenblick aus außenpolitischen Gründen eine Kriegsopfervorlage nicht mehr verabschieden. Gingen wir hier weg mit einem Beschluß über die Kriegsopfer, dann wären wir noch nicht in Bonn, und es läge ein Antrag der sozialdemokratischen Opposition auf der Tagesordnung, der den Haushalt sprengte.

Wir sind also wegen dieser Schwierigkeiten, die wir nicht zu vertreten haben, sondern die sich aus der mangelnden Majorität ergeben, nicht imstande, jetzt ein in konkrete Punkte gehendes Wahlprogramm zu verabschieden. Wir brauchen es im Juli.

Was die grundsätzlichen Dinge anbetrifft und auch die Grundsatzrede des Herrn Bundeskanzlers am Schluß, so wird es sicher, Herr Vorsitzender, Möglichkeiten geben, um im Laufe dieser Tage durch eine Sitzung des Präsidiums die notwendigen Einzelfragen hier zu regeln.

Kraske: Herr Bundeskanzler, darf ich ein Wort zu der Frage der Gottesdienste sagen. Ich hatte ursprünglich ein Programm für diesen Parteitag im Entwurf vorgelegt, das – wie immer in den vergangenen Jahren – am Sonntag morgen mit den Gottesdiensten begann und dann die Eröffnung des Parteitages um 19 Uhr vorsah. Aus vielerlei Gründen sollte der Parteitag, der ursprünglich für vier Tage vorgesehen war, auf drei Tage gekürzt und konzentriert werden.

Mit dem Beginn am Montag morgen war es unter diesen Umständen aus zeitlichen Gründen notwendig, am Montag bereits morgens mit dem Programm anzufangen.

Zweitens müssen Sie mich, Herr Bundeskanzler, mißverstanden haben in der Frage des evangelischen Gottesdienstes. Es wäre sicher möglich gewesen, dafür einen Pfarrer zu finden. Daran habe ich nie gezweifelt. Ich habe nur darauf aufmerksam gemacht, daß es in der evangelischen Kirche gewisse Bedenken gibt, in der Woche einen solchen Gottesdienst anzusetzen. Bei früheren Parteitagen, die an einem Wochentag anfingen, haben wir darüber mehrfach mit dem Bundestagspräsidenten Gerstenmaier

5 Das „Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle" wurde erst am 27. Juli 1969 verabschiedet. Vgl. Nr. 12 Anm. 38.

gesprochen – den ich für eine größere Autorität in meiner Kirche halte als mich –, der immer die Meinung vertreten hat, daß man bei einem Sonntagsbeginn mit einem Gottesdienst anfangen sollte, aber nicht bei einem beginnenden Parteitag in der Woche.

Deswegen sind wir davon ausgegangen, daß an diesem Sonntag vor der Gedenkfeier für Karl Arnold die Teilnehmer noch zu Hause den Gottesdienst besuchen und dann hier zum Parteitag kommen.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Wir nennen uns eine christliche Partei! Die wollen wir doch auch sein! Es war für uns immer symbolisch, daß unser Parteitag mit Gottesdiensten beider Konfessionen begann. Jetzt fällt das auf einmal weg. Ich will Ihnen sagen, ich bin von einer ganzen Reihe von Leuten gefragt worden, warum diesmal kein Gottesdienst stattfindet. Ich konnte ihnen weiter nichts darauf sagen als das, was Sie mir gesagt haben. Und Sie beschränken sich darauf zu sagen, aus gewissen Gründen, die ich nicht kenne, ist es nötig, den Parteitag auf drei Tage zu beschränken, ihn also am Montag erst anfangen zu lassen, und wir konnten dann nicht auch noch Gottesdienste veranstalten. Ich bitte Sie sehr, das der Öffentlichkeit nicht so mitzuteilen; denn das ist keine sehr annehmbare Erklärung.

Meine Damen und Herren! Daß wir noch einmal zusammenkommen müssen – darüber müssen wir noch einmal sprechen, wer zusammenkommt – vor der Wahl, das ist ganz klar; daß wir heute kein Wahlprogramm aufstellen können, ist auch selbstverständlich; denn es gibt so viele Einzelheiten dabei, die noch nicht überschaubar sind, daß man das nicht machen kann.

Aber ich wiederhole nochmals, sehen Sie sich an, was sich die Arbeitskreise für Themen vornehmen. Nehmen Sie das Programm bitte einmal zur Hand: Arbeitskreis I: Deutschland, Europa und die Welt. Arbeitskreis II: Soziale Sicherheit – stabile Wirtschaft. Arbeitskreis III: Gesunde Umwelt – gesunde Menschen. Arbeitskreis IV: Probleme der modernen Gesellschaft. Arbeitskreis V: Schule und Ausbildung – jedem seine Chance.

Wie sollen die Arbeitskreise abschließen? Sollen Sie abschließen, ohne eine Empfehlung herauszugeben? (*Krone:* Bericht an das Plenum! – *Hellwig:* Zusammenfassender Bericht an das Plenum!) Wollen Sie sich einmal klarmachen, meine Herren, was Sie damit einleiten. Das wird ja ein ellenlanger Bericht. (*Hellwig:* Das haben wir früher auch gemacht!) Nein, das haben wir früher immer anders gemacht. Herr Hellwig, man hört immer das Wort „Das haben wir früher auch gemacht" – nein, wir haben manches früher anders gemacht. (*Hellwig:* Ich war selbst Berichterstatter, ich weiß, wie es gemacht worden ist!) Also, meine Herren, dann frage ich Sie, soll es so gemacht werden oder nicht. Das Wort hat Herr Kohl.

Kohl: Herr Bundesvorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich bin eigentlich erstaunt über die Debatte, die der Herr Bundesvorsitzende anstellt. Ich bin hierhergekommen und war nicht sehr zufrieden mit den Unterlagen, die mir zugegangen sind. Aber ich habe die stille Hoffnung, daß die weitere Diskussion eine Zufriedenheit herbeiführen wird. Nun stelle ich fest, daß offensichtlich der Herr Bundespartei-

vorsitzende als Vorsitzender des Präsidiums an der vom Präsidium vorgeschlagenen Marschroute selber Zweifel hegt. Ich verstehe nicht, daß in dem heute hier vorliegenden gedruckten Programm bei der vierten Plenarsitzung der Punkt „Entschließungen" steht. Das bedeutet doch, daß mit Entschließungen gerechnet wird. Man muß sich doch beim Entwurf dieser Tagesordnung etwas dabei gedacht haben. Diese Entschließungen stehen doch sozusagen als Höhepunkt des Parteitages auf dem Programm.

Ich halte es für ausgeschlossen, daß wir jetzt ein Wahlprogramm vorlegen. Es gibt gute Gründe dafür, ein Detailprogramm jetzt nicht zu formulieren. Ich selber bin Berichterstatter, aber ich zweifle daran, ob man es dem mehr oder weniger großen Geschick des Berichterstatters überlassen kann, daß das, was er sagt, der Wille der Partei sein soll. Das kann man auch nicht tun. Es kann also praktisch nur ein Situationsbericht wiedergegeben werden über die Referate und die Diskussionen der einzelnen Arbeitskreise.

Meine konkrete Frage lautet, ist es nicht möglich, wenigstens eine Art Schlußresolution, die unter dem Punkt „Entschließungen" angenommen werden könnte, bis zum Mittwoch vorzulegen, damit es nicht so aussieht, als hätten wir überhaupt nichts vorzulegen für die Entschließungen? Ich warne davor, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen, nachdem er jetzt auf der Tagesordnung steht. Wir müssen uns noch etwas einfallen lassen, was wir hier dem Parteitag vorlegen. Das scheint mir insofern auch ohne weiteres möglich zu sein, weil am gleichen Tage der Herr Bundeskanzler sein Hauptreferat halten wird und es sich gewissermaßen in Korrespondenz zu diesem Hauptreferat auch durchaus für den Wahlkampf als Auftakt des Parteitages machen ließe, hier eine knappe Schlußentschließung des Parteitages zu bringen.

Das können Dinge sein, die nicht kontrovers und auch tagespolitisch nicht umstritten sind, die also auch die Arbeit der Bundestagsfraktion nicht belasten. Solche Beispiele gibt es in Hülle und Fülle. Ich warne aber davor, zum Punkt „Entschließungen" gar nichts vorzulegen; denn nachdem dieser Punkt auf der Tagesordnung steht, macht das gegenüber der Öffentlichkeit einen miserablen Eindruck, wenn wir nichts vorlegen. Es muß doch möglich sein, in dieser verbleibenden Zeit von zwei oder drei Tagen wenigstens auf ein oder zwei Seiten eine Schlußresolution des Parteitages vorzulegen.

Dufhues: Meine lieben Parteifreunde! Zunächst darf ich einmal klarstellen, daß dieses Programm von Ihnen hier im Bundesvorstand beschlossen worden ist. Also alle kritischen Bemerkungen, die jetzt zum Programm gemacht werden, hätten bis spätestens in der letzten Sitzung des Bundesvorstandes vorgetragen werden müssen. *(Lebhafter Beifall.)* Es hat sich doch eine Diskussion über die Namen und ähnliches ergeben. Es gibt genug Parteifreunde, die mir bestätigen können, was ich gesagt habe.

Es ist ganz selbstverständlich, daß wir in dem von Ihnen genehmigten Entwurf des Programms dieses Parteitages auch Entschließungen vorsehen mußten. Einmal sind doch Anträge gestellt. Ich bin auch nicht sicher, ob noch weitere Anträge gestellt werden. Das unterliegt doch der Autorität und der Autonomie des Parteitages.

Also, für diesen Fall überhaupt keine Entschließungen vorzusehen, scheint mir in einer Weise der Kompetenz des Parteitages vorzugreifen, zu der ich nicht in der Lage und nicht bereit bin. Außerdem ist immer daran gedacht worden, daß wir eine Schlußentschließung formulieren und herausgeben.

Ich darf sagen, daß ich vor sechs oder acht Wochen noch einen Parteifreund gebeten habe, den Entwurf dieser Erklärung vorzubereiten, bei dem ich mehrfach insistiert habe. Leider bin ich von dem Ergebnis ein wenig enttäuscht worden. Es ist deshalb in letzter Minute etwas anderes vorbereitet worden, was ich aber erst dem Präsidium vorlegen möchte, um eine Entschließung darüber herbeizuführen, ob wir uns mit dieser oder einer anderen Entschließung befassen, die dann den Abschluß des Parteitages bilden soll.

Adenauer: Das Wort hat Herr Gradl.

Gradl: Herr Bundeskanzler, ich muß sagen, ich bin einigermaßen enttäuscht von diesem Auftakt des Parteitages; daß wir am Beginn dieses Parteitages, der doch ganz besonders die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit finden soll – in einem Augenblick, wo draußen die Meinung besteht, daß diese CDU innerlich ziemlich zerstritten sei –, nun anfangen, uns in einer solchen Weise über das Verfahren auseinanderzusetzen, nachdem wir vor einigen Wochen im Hotel „Königshof" alle diese Dinge auf dem Tisch gehabt und zu ihnen auch Ja gesagt haben. Ich verstehe das nicht. Ich finde das sehr schlecht; man hätte darüber reden können, ob wir Entschließungen machen oder nicht. Das konnte man diskutieren, aber das haben wir damals eben nicht diskutiert. (*Schmidt:* Es stand aber damals im Entwurf!) Ich weiß es; aber heute Entschließungen zu machen über schwierige Probleme – Herr Barzel hat einige angesprochen –, das ist überhaupt nicht möglich. Das hat schon auf früheren Parteitagen, wo wir geschlossener waren, sehr viel Energie gefordert und manchmal so viel Kraft mit heftigem Türenzuschlagen, daß es eine Illusion wäre, sich einzubilden, man könnte es heute machen.

Im übrigen habe ich noch nie gesehen, daß in einer Tageszeitung auch nur ein nennenswerter Teil von Entschließungen abgedruckt worden wäre, was natürlich nicht heißt, daß man sie nicht fassen soll. Nur soll man die Wirkungen oder auch das Fehlen von Entschließungen nicht überschätzen. Ich bin der Meinung – und so hatte ich es auch gedacht –, daß der Parteitag richtig angelegt ist. Deshalb habe ich neulich im „Königshof" auch nichts dazu gesagt.

Hier sind fünf Arbeitskreise vorgesehen, und zwar mit – nach den Namen zu urteilen – qualifizierten Berichterstattern. Was ist die Aufgabe dieser Berichterstatter? Ihre Aufgabe ist es nicht, einen lächerlichen Abklatsch in Kleinformat von einigen Reden zu geben, sondern die Ergebnisse – unter Umständen im Zusammenwirken mit sachverständigen Parteifreunden – so zu formulieren, daß sie gewissermaßen als Thesen des Parteilebens angesehen werden können. Das ist die Aufgabe der Berichterstatter. Dies ist dann die Meinung dessen, was die CDU will.

Hinzu kommen natürlich die Ausführungen unserer führenden Freunde, des Herrn Bundeskanzlers und des Herrn Barzel. Ich kann nur hoffen, daß bei diesen Ausfüh-

rungen (*Schmidt:* ... nicht kontrovers sind ...) jeder im Interesse der Gesamtheit der Partei in dieser schwierigen Situation in der Lage ist, dieses Sacrificium intellectus zu bringen, das notwendig ist, um nicht neue Nahrung in der Öffentlichkeit dafür zu bieten, daß diese CDU nicht mehr weiß, was sie will. Dies ist der dringendste Wunsch, den wir alle haben. *(Lebhafter Beifall.)*

Barzel: Meine Damen und meine Herren, es ist wohl nicht so kompliziert, wie es im Augenblick aussieht. Wir sind uns darüber einig, daß wir das konkrete Wahlprogramm im Juli machen. Das ist also schon einmal klar. Dafür wird die Berichterstattung eine große Rolle spielen. Sie wird auch für die Zeit bis dahin von Bedeutung sein. Was am Schluß steht, muß natürlich etwas sein. Es könnte vielleicht eine Düsseldorfer Erklärung sein. Wir haben immer solche Manifeste am Schluß von Parteitagen herausgegeben. Ich stimme Herrn Kohl durchaus zu, es müßte möglich sein, das bis Mittwoch mittag zu haben. Ich habe eben einen Blick in das geworfen, was Herr Dufhues gestern nacht als Ausarbeitung bekommen hat. Ich würde anregen, Herr Bundeskanzler, aus einer Reihe von anderen Gründen, daß wir morgen um 9 Uhr eine Sitzung des Präsidiums abhalten. Wir werden dann Gelegenheit haben, diese prozedurale Frage sicherlich gut zu lösen.

Wir würden sicherlich klug daran tun, auch den Vorsitzenden der CSU zu dieser Sitzung des Präsidiums einzuladen, damit wir auch sehen, daß wir wirklich einen guten Start in allen Fragen haben, die hier eine Rolle spielen könnten. Nachdem wir ein Redaktionskomitee gleich einsetzen werden, sollten wir das auch in bewährter Weise, ob mit oder ohne Türzuschlagen, auf jeden Fall wie bisher tun.

Adenauer: Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Dann darf ich folgendes als Ergebnis feststellen, indem ich das zusammennehme, was Sie zum Teil, Herr Gradl, und Sie, Herr Barzel, gesagt haben. Sie stimmen darin überein – übrigens auch mit mir –, daß die Berichterstatter der Arbeitskreise, selbstverständlich mit Genehmigung des Arbeitskreises, bestimmte Dinge uns vortragen. Ich möchte mir erlauben, Ihnen zu sagen, wenn auch nicht alle unsere Beschlüsse in der Presse abgedruckt werden, so würde doch die Tatsache, wenn wir keinen Beschluß hier faßten, ausgelegt werden als ein vollständiges Auseinandergehen der Meinungen innerhalb dieses Parteitages. Und das wäre ungefähr das Schlimmste, was uns geschehen könnte.

Den Anregungen des Herrn Kollegen Barzel können wir natürlich nachkommen, nämlich das Parteipräsidium für morgen früh einzuladen. Damit werden Sie sicher einverstanden sein. Dann würde ich Ihnen vorschlagen – wir werden das Weitere gleich noch sehen –, dieses Papier hier zur Hand zu nehmen; ich habe das eben beim Mittagessen bekommen. *(Unruhe und Bewegung.)* Ach, die Herren haben es überhaupt nicht? Bitte sehr Herr Kraske!

Kraske: Diesen Vermerk haben nur Sie bekommen für das Verfahren jetzt hier in der Sitzung. (*Burgbacher:* Das ist ein Handzettel.)

Adenauer: Sie haben mir hier eine Reihe von Sachen aufgeschrieben, das habe ich heute bei Tisch bekommen. Am besten lese ich Ihnen das jetzt vor, damit Sie auch darüber unterrichtet sind, was Herr Kraske meint.

„Für den Ablauf der Sitzung des Bundesvorstandes schlage ich folgendes vor:

1. Es wäre sicher gut, wenn zu Beginn der Sitzung von Herrn Professor Erhard und Herrn Barzel ein kurzer Überblick über die bisherige Entwicklung der Koalitionskrise[6] gegeben würde. Eine längere Diskussion über dieses Thema sollte jedoch nach Möglichkeit vermieden werden. Ich glaube auch nicht, daß das auf Schwierigkeiten stößt. Die Mitglieder des Bundesvorstandes werden mehr an einer zuverlässigen Information als an einem Meinungsaustausch interessiert sein."

Ich glaube, damit sind wir alle einverstanden. Das wird, soweit ich sehe, auch sehr schnell gehen.

„2. Es sollte noch einmal kurz über den Ablauf der öffentlichen Kundgebung am heutigen Abend, die Reihenfolge der Redner, die Zeitdauer der einzelnen Ansprachen usw. gesprochen werden.

3. Dem Bundesvorstand liegt eine Erklärung des Präsidiums zur Wahl eines Parteitagspräsidiums und des Redaktionskomitees vor. Der Bundesvorstand muß darüber formell beschließen."

Das können wir gleich machen, ich lese Ihnen die Namen vor.

„4. Herr Dufhues sollte darauf hinweisen, daß die Arbeitskreise auf diesem Wahlparteitag nicht dazu dienen, Detailfragen zu erörtern und dabei ernste Kontroversen entstehen zu lassen. Aufgabe und Ziel der Arbeitskreise soll vielmehr sein, das jeweilige Thema nach seiner Einleitung durch den Referenten und durch einzelne Beiträge zu entfalten und zu vertiefen, um für die einzelnen Sachbereiche einen möglichst breiten Überblick über Leistungen und Zielsetzungen unserer Politik zu geben."

Darüber, wie man das machen kann, werden Sie sich auseinandersetzen bei der kurzen Zeit, die wir haben.

„Es ist nicht vorgesehen, in den Arbeitskreisen Entschließungen vorzubereiten. Die Ergebnisse der Arbeitsberatungen sollen vielmehr in den Berichten vor dem Plenum ihren Niederschlag finden. Diese Berichte sollten im Gegensatz zur Praxis unserer Fachkongresse oder ähnlicher Tagungen kurzgefaßte politische Reden, aber nicht systematisch Arbeitskreisberichte sein.

Es sollte in diesem Zusammenhang noch einmal dringend darauf hingewiesen werden, daß die Referate nicht länger als jeweils dreißig Minuten dauern, daß die Diskussionsbeiträge einen Zeitraum von zehn bis höchstens fünfzehn Minuten nicht überschreiten dürfen und daß auch die Berichte vor dem Plenum auf fünfzehn bis höchstens zwanzig Minuten zu beschränken sind.

5. Herr Dufhues sollte einen kurzen Überblick über die Vorüberlegungen zu einer Abschlußerklärung des Parteitages geben, dabei insbesondere auf die Schwierigkeiten

---

6 Justizminister Bucher (FDP) trat aufgrund der Entscheidung zur Verlängerung der Verjährungsfrist im März 1965 zurück. Entgegen der Forderung der FDP, das Amt bis zum Ende der Legislaturperiode nicht zu besetzen, ernannte Erhard umgehend Karl Weber (CDU) zum neuen Justizminister (HILDEBRAND: Bundesrepublik 4 S. 134; AdG 1965 S. 11777 f.).

hinweisen, die der Verabschiedung eines regulären Programms entgegenstehen, und die Vorstandsmitglieder bitten, die übrigen Parteitagsdelegierten mit dieser Sachlage vertraut zu machen und sie von der Notwendigkeit einer relativ allgemein gehaltenen Abschlußerklärung zu überzeugen.

Es ist in der Zwischenzeit gelungen, die Vereinigungen und Ausschüsse der Partei von Einzelentschließungen abzuhalten. Dankenswerterweise haben die Sozialausschüsse von vornherein auf eigene Entschließungsanträge verzichtet. Die Mittelstandsvereinigung hat einen bereits vorliegenden Antrag zurückgezogen; auch die Frauenvereinigung hat darauf verzichtet, ihre vorliegenden Anträge formell dem Parteitag einzureichen. Es liegt zur Stunde nur noch ein Antrag des Landesverbandes Hamburg betreffend Einführung von parlamentarischen Staatsministern vor.

6. Die Vorstandsmitglieder sollten nachdrücklich gebeten werden, interne Parteifragen, etwa die Frage einer Prinzipienerklärung, im Vorstand oder im Ausschuß, aber nicht auf dem Parteitag zu erörtern.

7. Es sollte im Bundesvorstand noch einmal erörtert werden, wer von den ausländischen Gästen aufgefordert wird, vor dem Parteitag zu sprechen.

8. Es sollte im Verlaufe der Bundesvorstandssitzung geklärt werden, wann die vom Herrn Bundeskanzler a.D. Dr. Adenauer gewünschte Konferenz der Landesvorsitzenden stattfinden soll."

Dazu möchte ich folgendes sagen: Es gibt Dinge, die man in einem solchen Kreise nicht besprechen kann, weil sie notwendigerweise dann an die Öffentlichkeit gelangen. Ich wünschte aber eine Zusammenkunft mit den Landesvorsitzenden am Schluß unserer Tagung, damit auch die Landesvorsitzenden mir solche Dinge, die man nach meiner Meinung nur im kleinsten Kreise besprechen kann, sagen können. Also, meine Herren, das ist nun die Sachlage. Ich würde vorschlagen, wir kommen zunächst zu der Wahl des Bundesparteitagspräsidiums. Es werden vorgeschlagen: als Präsident des Bundes[partei]tages Minister Konrad Grundmann. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind. *(Beifall.)* Mitglieder des Präsidiums: Ministerpräsident Dr. Altmeier, der zu meinen Bedauern nicht kommen kann, wie ich höre. (*Meyers:* Seine Frau ist heute morgen operiert worden. – *Süsterhenn:* Ich darf statt dessen den Stellvertretenden Vorsitzenden von Rheinland-Pfalz, Herrn Staatssekretär Matthes[7], vorschlagen.) Sind Sie damit einverstanden?

Dufhues: Ich würde vorschlagen, nicht zu regional hier vorzugehen, sondern ein wenig die Gesichtspunkte zu berücksichtigen, die immer maßgebend waren. Deshalb möchte ich, bevor über Ihren Vorschlag abgestimmt wird, darauf hinweisen, daß einmal die Junge Union nicht ohne Grund darauf hingewiesen hat, daß sie jeweils im Präsidium vertreten war. Sie hat offenbar die Absicht, den Stellvertretenden

7 Hermann Matthes (1901–1976), Staatssekretär; 1947–1963 MdL Rheinland-Pfalz (CDU), 1963–1967 Staatssekretär im Sozialministerium Rheinland-Pfalz. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 652 Anm. 1.

Vorsitzenden, Herrn Vogel[8], vorzuschlagen, außerdem – und das würde ich für richtig halten – haben die Frauen gebeten, man möge neben den bereits genannten Damen auch eine katholische Frau berücksichtigen. Wenn ich recht unterrichtet bin, ist Frau Gies[9] als Mitglied des Präsidiums vorgeschlagen worden. (*Süsterhenn:* Ich ziehe meinen Antrag zurück!) Vielen Dank.

Adenauer: Sind Sie mit dem Vorschlag von Herrn Dufhues einverstanden?

Klepsch: Ich bin gerne breit, Herrn Vogel vorzuschlagen, weil der Herr Geschäftsführende Vorsitzende wünscht, daß jemand aus der Jungen Union im Präsidium sitzt. Ich darf noch einmal wiederholen: Seit vielen Jahren ist der Bundesvorstand der Jungen Union im Präsidium vertreten. Es war noch bei keinem Parteitag anders. Bei diesem Parteitag fehlt die Junge Union überhaupt auf der vorgeschlagenen Liste. Deshalb habe ich daran gedacht, meinen Vertreter, Herrn Vogel, vorzuschlagen.

Adenauer: Ich weiß nicht, ob Herr Grundmann in der Jungen Union ist. (*Zuruf:* Er war drin!) Dann ist er es jetzt nicht mehr. Deshalb schlage ich vor, dem Antrag stattzugeben, damit der Vorsitzende der Jungen Union hier vertreten ist. – Damit sind Sie einverstanden.

Im Präsidium sind weiter vorgesehen: Frau Dr. Becker-Döring, Frau Dr. Jochmus, Landtagspräsident Johnen, Ministerpräsident Kiesinger, Ministerpräsident Lemke, Minister Niermann, Stingl.

Dann käme das Redaktionskomitee, das ja, je nachdem, eine sehr wichtige und schwere Aufgabe bekommt. Es werden hier vorgeschlagen: als Vorsitzender Staatsminister a.D. Dufhues, als Mitglieder: Bundesminister Dr. Krone, Majonica, Dr. Hellwig, Katzer, Ministerpräsident Dr. Meyers. (*Meyers:* Ich kann nicht!) Sie wollen jemand anders? (*Dufhues:* Darf ich Herrn Rasner vorschlagen; ich würde es sehr begrüßen, wenn Herr Rasner im Redaktionskomitee mitarbeiten könnte.)

Kraske: Darf ich nur eines zur Sache sagen! Die ersten zehn Namen sind die Vorsitzenden und die Berichterstatter der fünf Arbeitskreise. Ich würde das von der Sache her für sehr wichtig halten, daß jeweils die beiden Herren in dem Redaktionskomitee vertreten sind. Herr Ministerpräsident Dr. Meyers, Sie sind hier auch als Vorsitzender Ihres Arbeitskreises aufgeführt. (*Meyers:* Ich weiß!)

Adenauer: Das ist ja unbedingt richtig, meine Damen und Herren; denn jemand zum Redaktionskomitee zu bestellen, der nicht Mitglied eines Arbeitskreises ist, das ist doch etwas Ungewöhnliches.

---

8 Friedrich Vogel (geb. 1929), Jurist; 1956–1972 Ratsmitglied in Warendorf (Vorsitzender der CDU-Fraktion), 1963–1967 stv. Bundesvorsitzender der JU, 1965–1966 und 1969–1994 MdB (1971–1977 Leiter des Innen- und Rechtspolitischen Arbeitskreises der CDU/CSU-Fraktion), 1966 Justizminister NW, 1982–1987 Staatsminister im Bundeskanzleramt.

9 Elisabeth Gies (geb. 1921), 1946 CDU, 1949–1958 Leiterin der Pressestelle, 1958–1984 des Besucherdienstes des Deutschen Bundestages, 1961–1979 Stadtverordnete in Bad Godesberg und Bonn, 1965–1969 stv. Vorsitzende des LV Rheinland.

Schwarzhaupt: Ich würde vorschlagen, wenn Herr Meyers nicht kann, einen anderen Mitwirkenden aus diesem Arbeitskreis in das Redaktionskomitee zu senden. Es ist der Arbeitskreis „Gesunde Umwelt – gesunde Menschen".

Kraske: Ich schlage vor, wenn Herr Ministerpräsident Meyers nicht kann, Herrn Bundesminister Lücke, der einer der Referenten dieses Arbeitskreises ist, zu nehmen, und daß Herr Rasner zusätzlich gebeten wird, außerhalb der Arbeitsverteilung sich am Redaktionskomitee zu beteiligen.

Dufhues: Einverstanden, Herr Lücke? (*Lücke:* Ja!)

Hellwig: Herr Bundeskanzler, es wird bei mir mit einer Eventualität zu rechnen sein, daß ich nämlich am Mittwoch zu einer dringenden Sitzung der Hohen Behörde nach Luxemburg muß. Falls ich abgerufen werde in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch, bitte ich, Herrn Dr. Schiettinger[10], einen alten Mitarbeiter aus dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß und jetzt im Wirtschaftsministerium, statt meiner am Redaktionskomitee zu beteiligen. Er hat das in früheren Jahren recht gut gemacht.

Dufhues: Einverstanden!

Adenauer: Sollen wir nicht einmal die Liste der Arbeitskreise zur Hand nehmen, damit Sie sehen, wer da vorgeschlagen ist als Mitglied?

Arbeitskreis I: Deutschland, Europa und die Welt – Aufgaben der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Leitung: Bundesminister Dr. Heinrich Krone MdB; Referenten: Dr. Gerhard Schröder MdB, Bundesminister, Kai-Uwe von Hassel MdL, Bundesminister, Prof. Dr. Walter Hallstein, Präsident der Kommission der EWG; Berichterstatter: Ernst Majonica MdB.

Kommt denn Herr Hallstein? (*Kraske:* Er kommt am Montag früh an.)

Arbeitskreis II: Soziale Sicherheit – Stabile Wirtschaft, Währungsstabilität – Eigentum – Alterssicherung. Leitung: Dr. Fritz Hellwig, Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion; Referenten: Kurt Schmücker MdB, Bundesminister, Theodor Blank MdB, Bundesminister; Berichterstatter: Hans Katzer MdB, Vorsitzender der Sozialausschüsse.

Sind Sie damit einverstanden? *(Zustimmung.)*

Arbeitskreis III: Gesunde Umwelt – gesunde Menschen, Gesundheit – Wohnungen – Städtebau – Verkehr. Leitung: Dr. Franz Meyers MdL, Ministerpräsident; Referenten: Paul Lücke MdB, Bundesminister, Dr. Ing. Hans-Christoph Seebohm MdB, Bundesminister, Dr. Elisabeth Schwarzhaupt MdB, Bundesministerin; Berichterstatter: Dr. Ernst Müller-Hermann MdB.

Sind Sie einverstanden? *(Zustimmung.)*

Arbeitskreis IV: Probleme der modernen Gesellschaft, Die Familie – die Frau – der alte Mensch. Leitung: Aenne Brauksiepe MdB; Referenten: Dr. Bruno Heck MdB, Bundesminister, Dr. Gabriele Strecker, Dr. Caspar Schulte, Prälat; Berichterstatter: Dr. Helmut Kohl MdL, Landtagsfraktionsvorsitzender.

---

10 Dr. Fritz Schiettinger (1909–1984), 1958–1963 im Bundesfinanzministerium (Ministerialrat, -dirigent), 1963–1970 Ministerialdirektor im Bundeswirtschaftsministerium.

Auch hier darf ich Ihr Einverständnis feststellen.

Arbeitskreis V: Schule und Ausbildung – Jedem seine Chance, Schule – Ausbildung – Beruf. Leitung: Dr. Franz Röder MdL, Ministerpräsident; Referenten: Prof. D. Dr. Wilhelm Hahn, Kultusminister, Dr. Gerhard Stoltenberg MdB; Berichterstatter: Prof. Dr. Paul Mikat, Kultusminister.

Auch da darf ich Ihre Zustimmung feststellen.

Dann können wir zum Redaktionskomitee zurückkehren: Dr. Müller-Hermann, Frau Brauksiepe, Dr. Kohl, Ministerpräsident Dr. Röder, Minister Prof. Dr. Mikat, Minister Niermann, Staatssekretär von Eckardt, Dr. Kraske, Dr. Rathke.

Dann ist der Antrag gestellt worden, Herrn Rasner hinzuzuwählen. Sind Sie damit einverstanden? *(Zustimmung.)* Dann darf ich das feststellen. (*Dufhues:* Herr Lücke ist für Herrn Meyers im Redaktionskomitee.) Das Wort hat Herr Dichtel.

Dichtel: Es ist eingangs gesagt worden, daß auf diesem Bundesparteitag im Hinblick auf die Wahl jedes Wort überlegt werden und daß man sich der Verantwortung bewußt bleiben müsse. Aus dieser Sorge heraus darf ich folgendes erklären: Vor zwei Tagen habe ich in der Presse eine Information gelesen – ich weiß, wie Presseinformationen zustande kommen –, in der es hieß, der Herr Vorsitzende würde auf diesem Parteitag zu außenpolitischen Fragen nicht Stellung nehmen; außerdem seien im Präsidium darüber Differenzen entstanden.[11]

Ich frage, trifft das zu oder trifft es nicht zu? Wenn es so wäre, würde es mich persönlich sehr wundern, wie aus diesem kleinen Kreise Dinge an die Öffentlichkeit, die für uns nicht förderlich sind, gerade im Hinblick auf die Wahl, weitergegeben werden. Ich möchte aus der Sorge um den Parteitag wissen, sind die Dinge auch nach dieser Seite absolut in Ordnung?

Adenauer: Was verstehen Sie unter „in Ordnung"? (*Heiterkeit. – Dichtel:* Herr Vorsitzender, Sie begreifen immer sehr gut!) Bitte sehr, Herr Dufhues!

Dufhues: Meine Damen und Herren! Stellen wird doch fest, daß der Herr Bundesparteivorsitzende heute abend sprechen wird. Und er wird in dem Sinne sprechen, was unsere Chancen für die Wahl, die uns allen so sehr am Herzen liegt, sicherlich nur fördern werden. Ich meine, daß damit die Diskussion als abgeschlossen betrachtet werden kann. (*Beifall. – Dichtel:* Ich frage aber, wie kam das in die Öffentlichkeit? Wir können das nicht mehr ertragen!)

Adenauer: Also, meine verehrten Damen und Herren, ich wollte tatsächlich nicht sprechen. Ich hatte vorgeschlagen, daß Herr Barzel an meiner Stelle sprechen sollte. Ich hätte das aus mehreren Gründen auch begrüßt. Ich selbst sehe die ganze Situation in der Welt als so gefährlich für uns an, daß ich unmöglich, wenn ich als Vorsitzender unserer Partei spreche, dem keinen Ausdruck geben kann. Das werde ich tun; aber wenn Sie das nicht wollen, dann sagen Sie es bitte, dann werde ich nicht als Redner auftreten.

---

11 Vgl. „Bonner Rundschau" vom 27. März 1965 „Spricht Adenauer?".

Gurk: Ich glaube, Herr Kollege Dichtel ist mißverstanden worden. Er wollte folgendes sagen: Wir brauchen die Einheit und die Geschlossenheit der Partei. Ich will nicht verhehlen, wir haben heute mittag einige unliebsame Beobachtungen gemacht, z. B. ist im Präsidium der Bundesvorsitzende der Jungen Union vertreten oder nicht. Das ist keine weltbewegende Frage, aber der Herr Kollege Dichtel wollte nur wissen, wie es kommt, daß etwaige Differenzen im Präsidium, also aus einem so kleinen Kreis, in die Öffentlichkeit und in die Presse kommen. Die Geschlossenheit der Partei geht doch über alles. Wie kann es sein, daß etwa das Präsidium schon sich irgendwie Nachrichten abringen läßt, die in die Presse sickern?

Adenauer: Das ist doch wohl kein Geheimnis! (*Lemmer:* Die Wahlen zu verlieren, das ist doch der Grund; so geht das doch seit Monaten und Wochen!) Meine Herren! Machen Sie sich das eine klar, daß, jedenfalls in der Fraktion und wahrscheinlich auch in der Partei, über einen Teil unserer auswärtigen Politik sehr ernste Meinungsverschiedenheiten bestehen. Seien Sie davon überzeugt, daß, wenn wir jetzt sagen würden, die bestünden nicht, das uns kein Mensch glaubte.

Ich werde heute abend, wenn ich rede, darauf eingehen, Herr Dichtel; denn dafür ist die Sache zu ernst und die ganze Situation, in der wir uns befinden, zu gefährlich, daß ich als Vorsitzender der Partei dazu schweigen würde. Das tue ich unter keinen Umständen. Deshalb wollte ich nicht sprechen. Darauf ist mir aber im Parteipräsidium dringend nahegelegt worden, ich möchte doch sprechen. Ich werde das mit Zurückhaltung tun und keine Namen nennen, aber ich werde sprechen von der Schwierigkeit unserer außenpolitischen Lage; nicht etwa wegen des Vorderen Orients. Das ist eine unangenehme und lästige Sache, die wird aber wieder einmal irgendwie in Ordnung kommen. Dadurch geht die Welt nicht unter.

Etwas ganz anderes aber ist es, Herr Dichtel, ob die Absprachen, die mit Frankreich getroffen worden sind, kaputtgehen oder nicht. Ich weiß nicht, wie Sie die Zeitungen lesen. Ich will Ihnen einiges sagen jetzt. Haben Sie den Trinkspruch de Gaulles auf den russischen Botschafter bei seiner Verabschiedung gelesen? Ich weiß nicht, ob Sie den gelesen haben. Ich habe ihn gelesen. Ich habe mir dann den „Figaro" kommen lassen, um wörtlich das Ganze zu haben.[12] Und ich versichere Ihnen, ich bin erschüttert dadurch. Wenn wir dem blind gegenüberstehen, meine Herren, dann müssen wir die Folgen tragen.

Ich habe, was ich selten tue, im großen und ganzen meine Rede erst gestern zu Papier gebracht, weil ich gestern morgen noch nicht wußte, ob ich überhaupt reden

12 Der russische Botschafter, Sergej Winogradow, wurde am 23. März 1965 verabschiedet. De Gaulle führte u. a. aus: „Les politiques de nos gouvernements comportent aujourd'hui une zone commune et grandissante d'entente et de coopération ... Sans doute, y a-t-il dans ce développement l'effet de las sympathie séculaire et de l'affinité naturelle qui porte incessament les Français et les Russes à se rapprocher en dépit de tous les obstacles. Sans doute s'y trouve-t-il aussi le fait qu'une même conviction quant à la nécessité de la coexistence et de la paix qui inspire maintenant nos deux peuples." („Le Figaro" vom 24. März 1965). Vgl. SCHWARZ: Adenauer 2 S. 897.

solle. Aber das ist mir dann als das Schlimmere vorgestellt worden. Ich habe geglaubt, dem Folge leisten zu müssen. Also, ich bin bereit, Ihnen zu sagen, was ich reden werde heute abend; und wenn die Mehrheit sagt: Das darfst Du nicht sagen, dann werde ich schweigen und nicht sprechen.

Dichtel: Damit kein Mißverständnis nach irgendeiner Seite hin aufkommen kann: Es liegt in der Natur der Sache, daß eine lebendige Partei auch eine lebendige Aussprache hat. Auch das Präsidium der Partei wird sich nicht über alle Fragen sofort einigen und verständigen können. Es wird auch dort eine lebhafte Aussprache sein. Das ist ganz normal.

Meine Frage war, wie kommen die Dinge in die Presse hinein? Ich habe dann hinzugefügt, ich selbst bin lange genug in der Praxis und weiß, wie Pressemeldungen zustande kommen. Stimmt es, daß hier Differenzen bestanden haben? Wenn sie bestanden haben, wie kommen sie aus diesem allerengsten Kreis in die Presse hinein? Das ist etwas, was uns weh tut.

Nun, Herr Vorsitzender, habe ich noch eine herzliche Bitte. Ich bin der letzte, der Ihnen irgendwie einen Vorwurf machen oder irgendeine Sprachregelung anstreben möchte. Nur eines will ich Ihnen sagen: Ich habe im November an jener denkwürdigen Sitzung teilgenommen, wo wir uns über die Frage unterhalten haben, was wird aus der Partei werden. Eine solche Sitzung möchte ich hier nicht mehr erleben.

Weil aber eine Schicksalsfrage im September auf uns zukommt, muß sich jeder auf diesem Bundesparteitag seiner letzten Verantwortung bewußt sein. Es geht um die Wahl im September. Da ist es meine herzliche Bitte, die ich in diesem Kreis noch einmal sagen möchte, wir sollten uns auch danach richten. *(Beifall.)*

Adenauer: Das Wort hat Herr Scheufelen.

Scheufelen: Herr Bundeskanzler! Ich möchte das unterstreichen, was mein Freund Dichtel gesagt hat. Ich habe in meinem Landesverband vor drei Wochen den Parteitag durchgeführt und dabei versucht, auf die Landespolitik auszuweichen.[13] Ich habe die Referate stark auf die Landespolitik abgestellt. Es ist mir aber nicht gelungen, die Außenpolitik außerhalb der Diskussion zu halten. Die Leute sind nur in einem Punkt unserer Politik im wesentlichen unzufrieden – die anderen Punkte sind jedenfalls zurückgetreten –, und das ist unsere außenpolitische Situation.

Wenn wir dies hier nicht in aller Klarheit ansprechen, dann haben wir die Wahl schon jetzt verloren.

Adenauer: Bitte, Herr Krone.

Krone: Herr Bundeskanzler, wenn ich Sie recht verstanden habe, wollen Sie auf den Ernst der Situation hinweisen. Sie wollen darlegen, wie unsere Lage ist im Verhältnis zu den anderen Mächten, zu Frankreich, zu Amerika, zu Europa usw. Dagegen können wir keine Einwendungen erheben, wenn das geschieht. Das muß sogar geschehen. Aber ich glaube, Sie sind doch mit uns einig, Herr Bundeskanzler, es

13 Landesparteitag der CDU Nordwürttemberg am 5./6. März 1965 in Sindelfingen. Vgl. UiD Nr. 10 vom 22. März 1965 „CDU und moderne Gesellschaft".

muß so gesagt werden, daß es ein Übelwollender draußen nicht daraus lesen kann: Aha, das sind die Spannungen, die nun einmal in der CDU sind.

Herr Bundeskanzler! Sie betonen doch dauernd, wir müssen die Wahl gewinnen, um weitere vier Jahre an der Macht zu bleiben. Gerade deshalb muß die Darstellung so sachlich sein, aber auch so frei von Verdächtigungen anderer, die da betroffen werden können, daß wir die Wahl nachher nicht doch verlieren. Und darum bitte ich Sie. *(Beifall.)*

Adenauer: Ja, meine Herren, welche Forderungen stellen Sie an mich? (*Krone:* Sie müssen sprechen, Herr Bundeskanzler!)

Röder: Herr Bundeskanzler! In bezug auf die außenpolitische Situation haben Sie vom Ernst der Lage gesprochen. Ich bin der Meinung, daß das zutrifft, daß aber der Ernst der Situation bei allen Ausführungen zur Bundestagswahl und auch zur Wahl an der Saar dominierend sein muß. Wenn die Situation in der Außenpolitik so dargestellt wird, daß der Eindruck entsteht, die CDU ist nicht in der Lage, die Situation zu lösen, dann wird sich das im Endeffekt gegen unsere Partei auswirken.

Wenn wir aber die Lage so darstellen, wie wir sie lösen können, wäre das für uns ein Erfolg. Alles das, was dazu beitragen könnte, in diesen Monaten den Eindruck zu erwecken, als seien Gegensätze in unseren Auffassungen vorhanden, die aber nicht im Sinne unserer CDU-Politik ausgetragen und gelöst werden können, würden uns schaden.

Wir sollten also mit großem Ernst sagen, daß es für uns ein Ziel gibt, nämlich die Bundestagswahl in Einigkeit zu gewinnen. *(Beifall.)*

Adenauer: Meine Herren! Lassen Sie mich Ihnen in aller Ehrlichkeit sagen, an unsere Einigkeit glaubt kein Mensch. Daran glaubt keiner! Seien Sie doch ehrlich gegen sich. Sie können sprechen, mit wem Sie wollen. Das ist doch das Problem, das uns alle mit Sorge erfüllt. Glauben Sie denn, wenn man jetzt davon schweigt, daß dann in den nächsten fünf Monaten die Sache besser wird? Das glaube ich eben nicht. Ich mache mir eher Vorwürfe, daß ich nicht schon seit Monaten in der Öffentlichkeit darüber gesprochen habe.

Mikat: Herr Bundeskanzler! Es kann sein, daß an unserer Einigkeit Zweifel bestehen. Es kann aber nicht im Interesse der Partei liegen, diese Zweifel zu vermehren und zu stärken, sondern es kommt darauf an, welchen Eindruck diese Partei in den nächsten fünf Monaten in der Öffentlichkeit erweckt. Es wird darauf ankommen, bei dem hohen Maße an Gemeinsamkeit, trotz der Differenzen, die bestehen, nun unsere Einigkeit hier in Düsseldorf zu demonstrieren.

Das ist eine andere Sicht als die Frage, was können wir tun, um die von Ihnen mit Recht herausgestellten Differenzen, die bestehen, nicht nur auf das politisch notwendige Maß zurückzuführen, sondern auch hier gemeinsame Positionen zu entwickeln.

Die konkrete Frage dieses Bundesvorstandes lautet heute aber: Ist der Parteitag in Düsseldorf der Ort, um das sichtbar zu machen, was wir kritisieren, oder müssen wir nicht eine Plattform finden – das wird die Aufgabe des Redaktionskomitees und des Präsidiums sein –, um hier zu demonstrieren, diese Partei ist in ihrer Grundkonzeption

einig; sie steht hinter der Politik der Regierung, die sie trägt. Über Einzelheiten werden wir im Präsidium und in den politischen Gremien reden müssen. Wir kommen aber nicht weiter, wenn wir heute hier sagen, daß es um die Zwistigkeiten geht. Es geht auch um die Einheit, und ich frage, ist es denn nicht möglich – ich glaube, daß es möglich ist –, die Einheit der Partei in den wichtigen Lebensfragen hier eindrucksvoll zu demonstrieren? *(Beifall.)*

Adenauer: Bitte, Herr Bundeskanzler Erhard!

Erhard: Meine Herren! Ich bin auch über den Verlauf dieser Sitzung einigermaßen entsetzt. Wir alle wissen, daß die Welt sehr viel komplizierter geworden ist. Wir leben nicht mehr in der Hochzeit von John Foster Dulles, wo der fast erstarrte Gegensatz zwischen Ost und West die Einbettung unseres Deutschlandproblems organisch erscheinen ließ, nein, die Welt hat sich verändert in den Perspektiven und in den Dimensionen, und nicht nur wir, sondern vor allem auch die anderen Länder, auch unsere Freunde, sehen die Welt heute und die Lösungsmöglichkeiten, die sich darbieten, mit etwas anderen Augen an.

Wir sind aber auf dem besten Wege, jetzt so zu tun, als ob alle Spannungen in der Welt, alle Unsicherheit, alles Unbehagen – das über die zweifellos wenig geklärte Lage sowohl über die künftige Gestaltung der NATO wie auch in bezug auf das Deutschlandproblem besteht – durch unsere Schuld entstanden seien. Ich würde dringend davor warnen, auch den französischen Staatspräsidenten wegen seines Trinkspruchs auf den russischen Botschafter anzusprechen.

Ich habe mich mit dem französischen Staatspräsidenten in Verbindung gesetzt, und er hat mir sagen lassen, er stehe zu seinem mir gegebenen Versprechen, daß er in bezug auf die europäische politische Union dabei bleibt. Ich war auch entsetzt über manche falschen Töne, die da von Paris herübergedrungen sind über das, was Couve de Murville gesagt haben soll. Trotzdem bin ich der Meinung, daß das zustande kommen wird. Wir zerreden es nur, und wir erregen nur Mißbehagen auch bei den Franzosen, wenn wir jetzt glauben, sie tadeln zu müssen.

Dasselbe gilt überhaupt in bezug auf die westlichen Alliierten. Das gleiche gilt in bezug auf die NATO. Die Welt ist etwas aus den Fugen geraten. Aber dann wollen wir alles tun, um sie zu heilen. Wir wollen unsere Freunde ansprechen, aber nicht so tun, als ob wir alles das, was sich seit John Foster Dulles verändert hat, auf unsere Kappe nehmen müßten, indem wir sagen, wir allein sind die Schuldigen.

Jeder Mensch draußen im Lande weiß, was sich da tut. Sicher wird darüber gesprochen, aber ich bin mit dem Kollegen Mikat der Meinung, wir müssen es fertigbringen, in dieser gestörten Welt unseren Standpunkt klar zu präzisieren. Wir dürfen uns nicht selbst zerstreiten und immer fragen, sind wir daran schuld, wenn die Amerikaner manches tun und manches sagen, was uns nicht gefällt. Auch unter den europäischen Ländern – ich habe mit Spaak[14] und mit dem norwegischen

14 Am 22. März 1965 – OSTERHELD: Außenpolitik S. 179 f.

Ministerpräsidenten[15] gesprochen – ist nicht alles besonders schön. Das gebe ich gerne zu, aber dann müssen wir es zu heilen versuchen. Das können wir nur dann machen, wenn wir den Eindruck erwecken und die Gesinnung bezeugen, daß wir in unserer Konzeption klar sind. Und das scheint mir jetzt wirklich alles gestört zu sein in einem Maße, das von der Sache her nicht gerechtfertigt ist. *(Lebhafter Beifall.)*

Adenauer: Meine Herren! Die Lage zwingt mich, dem Herrn Bundeskanzler zu antworten, ehe ich den anderen Herren das Wort gebe; denn nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Bundeskanzler, das, was Sie eben gesagt haben, ist so selbstverständlich auch meine Meinung, daß ich darüber gar kein Wort zu verlieren brauche.

Was nun die Frage mit de Gaulle angeht, so würde ich, nachdem wir doch im Parteipräsidium in Ihrer Gegenwart diese Sache besprochen haben, es sehr begrüßt haben, wenn Sie mir da mitgeteilt hätten, daß Sie de Gaulle telegrafiert und welche Antwort Sie bekommen haben. Wir haben im Parteipräsidium darüber gesprochen, und Sie haben das alles auf sich bezogen. Kein Mensch hat daran gedacht, ich am allerwenigstens, Ihnen einen Vorwurf zu machen. Aber damit Sie sehen, wie die ganze Sache eigentlich liegt, will ich offen hier sprechen über das, was ich weiß, was Sie aber bitte nicht hinaustragen wollen, meine Herren. (*Dufhues:* Es geht alles hinaus!) Dann will ich es nicht ausführen, wenn Sie sagen, es geht alles hinaus. (*Unruhe und Bewegung. – Krone:* Es ist aber besser, wenn Sie es sagen, Herr Bundeskanzler!) Also, meine Herren, es ist besser; dann sage ich Ihnen das; denn ich möchte auch an Ihr Gewissen als Mitglieder des Bundesvorstandes dieser Partei appellieren, daß Sie nicht die Augen verschließen und nicht blind sind gegenüber dem, was auf uns zukommt.

Über Amerika darf ich einige Sätze sagen, die ich auch den Amerikanern gesagt habe; dabei bleibe ich auch. Für die Amerikaner ist an sich Europa wichtiger als Ostasien. Aber das müssen diese ja halten, wie sie wollen.

Voriges Jahr im Juli ist der französische Staatspräsident hier bei uns bei seinem Besuch so behandelt worden, wie man einen Untergebenen nicht behandelt. (*Unruhe und Bewegung. – Zurufe:* Na, na!) Und darüber hat er sich bei mir *(Anhaltende Unruhe)* – Sie wissen ja nicht, was ist – aufs bitterste beschwert beim Hinausgehen. Dann hat der Herr Bundeskanzler Erhard das durch seinen Besuch in Rambouillet wieder in Ordnung gebracht. Beide Herren haben dann vereinbart, die europäische politische Union weiterzutreiben und durch die Außenminister die Vorbereitungen für eine Konferenz der Regierungschefs im Juni oder Juli vorzubereiten.[16] Und das, meine Herren, wird von unserem Auswärtigen Amt systematisch kaputtgemacht. (*Bewegung und Unruhe. – Von Hassel:* Das stimmt aber nicht, Herr Bundeskanzler!) Doch! Meinen Sie, ich würde eine solch schwere Beschuldigung aussprechen, wenn die Sache nicht klar zu Tage läge? Bis heute, bis Ende März – wir haben nur noch wenige

15 Einar Gerhardsen (1897–1987), norwegischer Politiker (Arbeiterpartei); 1945–1951 und 1955–1965 Ministerpräsident. – Besuch der Bundesrepublik vom 23. bis 25. März 1965 (OSTERHELD: Außenpolitik S. 180 f.; AdG 1965 S. 11760 f.).

16 Die Konferenz kam nicht zustande. Vgl. OSTERHELD: Außenpolitik S. 184 f.

Monate bis zum dem vereinbarten Termin –, haben zwischen den Außenministern noch keine Besprechungen zur Vorbereitung stattgefunden. Herr Spaak hat dreimal versucht, eine solche Besprechung in Gang zu bringen. Von dem ersten Fall weiß ich bestimmt, daß der deutsche Außenminister es abgelehnt hat, daran teilzunehmen.

Ich darf Ihnen zweitens folgendes sagen: Anstatt daß der deutsche Außenminister die Initiative ergriffen und eingeladen hätte zu der Besprechung, hat er vor etwa acht bis zehn Tagen, als sein Staatssekretär Lahr[17] in Rom war, diesen beauftragt, Herrn Fanfani zu fragen, ob er bereit sei, die Außenminister einzuladen. Und das, meine Damen und Herren, hat die Franzosen, insbesondere auch de Gaulle, mit Recht außerordentlich erbittert. Ich muß Ihnen das erklären.

Als ich noch Bundeskanzler war, standen wir in einer ähnlichen Situation. Damals haben de Gaulle und ich Herrn Fanfani, der Ministerpräsident war, gebeten, die Regierungschefs zu einer Besprechung einzuladen, in der die Sache in Ordnung gebracht werden sollte. Das hat Fanfani damals abgelehnt, weil er gegen die Sache ist. Fanfani als Außenminister aber jetzt darum zu bitten, das bedeutet doch, die Sache kaputtzumachen.

Das eklatanteste dabei ist folgendes: Für diese Besprechung der Außenminister, zu der Fanfani einladen soll, sind nur 24 Stunden Zeit vorgesehen. In 24 Stunden will man das machen, weil am Tage darauf eine entscheidende Sitzung bei der NATO angesetzt ist, zu der die Außenminister kommen.

Ich habe noch eine Reihe von Einzelheiten, aber damit will ich Sie gar nicht belästigen, meine Herren. Ich sage nur das, was ich nicht erst seit gestern erkläre, sondern was ich schon seit Wochen und Monaten ausführe; wenn die deutsche Karte, die de Gaulle spielt, für ihn eine Verlustkarte wird, dann wird er mit den Russen zusammengehen. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. *(Teils Beifall, teils Widerspruch. – Bewegung und Unruhe.)*

Sie glauben das nicht, meine Herren? Warum Sie das nicht glauben, verstehe ich nicht. Das ist doch so selbstverständlich wie nur etwas für einen Politiker, daß er das tun wird. (*Gradl:* Aber nicht, wenn er einen Freundschaftspakt geschlossen hat!) Glauben Sie denn, daß de Gaulle abtreten wird von der Bühne mit der deutschen Verlustkarte in der Hand? Dann wird er versuchen, wieder mit den Russen zusammenzukommen. Es wird doch schon in den Zeitungen darüber geschrieben. In der „Welt" vor zwei Tagen[18] stand, daß die Franzosen schon mit dem Gedanken umgehen, den Vertrag, den der Russe im Jahre 1944 gekündigt hat, wieder aufzunehmen.[19] (*Lemmer:* Dann hängen sie sich doch selbst den Strick um.) Ach nein, meine Herren, uns

17 Rolf Lahr (1908–1985), Staatssekretär, Botschafter; 1961–1969 Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 104 Anm. 104.

18 „Die Welt" vom 26. März 1965 „Paris koordiniert Europa- und Ostpolitik. Zurückhaltung vor der Konferenz in Venedig – Neuer Vertrag mit Moskau?".

19 Der am 10. Dezember 1944 abgeschlossene Bündnis- und Hilfeleistungspakt zwischen Frankreich und der Sowjetunion war am 7. Mai 1955 vom Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR annulliert worden (AdG 1955 S. 5151).

hängen sie den Strick um! (*Lemmer:* Erst uns und dann sich selbst! – *Unruhe und Bewegung.*)

Aber, meine Herren, wenn ich tot bin, dann ist mir das andere egal. Ich habe doch nicht zu sorgen für den Hals der Franzosen! Ich habe aber zu sorgen für unseren Hals, für den deutschen Hals. Meine Herren! Es ist nun sehr schwer, jemanden, der nicht überzeugt sein will, der die Dinge nicht ruhig betrachten kann, zu überzeugen. Aber ich versichere Ihnen, es sind schwerwiegende Dinge, von denen ich gesprochen habe: Erstens die Sache vom Juli des vorigen Jahres, zweitens die Verabredung in Rambouillet, drittens das Hinausschieben der Beratungen der Außenminister durch den deutschen Außenminister und dann die Hinzuziehung von Fanfani.

In diesen Tagen ist auch – ich habe noch nichts in der Presse darüber gelesen – der französische Außenminister hingefahren, um festzustellen, ob Fanfani bereit ist, wirklich der politischen Union zuzustimmen. Wir werden ja in den nächsten Tagen wahrscheinlich hören, wie die Sache weiterläuft. Ich bin überzeugt, sie wird nicht zu dem Ergebnis kommen, das zwischen Bundeskanzler Erhard und de Gaulle in Rambouillet verabredet worden ist. Und das ist die große Gefahr, in der wir schweben.

Erhard: Ich muß einige Worte dazu sagen. Zunächst das, bei dem Gespräch in Rambouillet ist nicht vereinbart worden, wo die Konferenz der Außenminister stattfinden soll. Es wurde das Datum festgelegt für Ende April, Anfang Mai. Die Außenminister kommen am 10. Mai zusammen. Es war selbst der Vorschlag von General de Gaulle, es wäre vielleicht richtig, diese Konferenz nach Italien zu legen, um Italien Gelegenheit zu geben, nach dem Scheitern der Konferenz vor einem Jahr[20] dort wieder zu beginnen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Herr Fanfani sein Amt antritt und das Odium auf sich laden möchte, daß er und seine Haltung an dem Scheitern der Konferenz schuld wäre. Das ist also nicht der Fall.

Zweitens wurde gesagt, es sollte Anfang Juni eine Konferenz der Regierungschefs stattfinden. Ich werde mich bemühen, diese Konferenz der Regierungschefs nach Bonn zu bekommen, weil das nach meiner Meinung wesentlich spektakulärer ist als die Außenministerkonferenz. Was im übrigen den Zeitpunkt und die Dauer dieser Konferenz anbetrifft, so ist es mir gar nicht unangenehm, daß das nicht so lange dauert; denn bei meinem Gespräch mit de Gaulle gerade in Rambouillet war er auch zuerst der Auffassung, daß das aber so sorgfältig vorbereitet werden müsse, daß einmal der Rahmen, das heißt das Institutionelle, völlig geklärt sei. Da sind wir nicht ganz einer Meinung. Das war das einzige, worüber wir noch diskutieren müssen, z. B. der materielle Inhalt der Rahmenausfüllung dessen, was unsere Vorstellungen von Verteidigungs- und Außenpolitik sind. Ich habe gesagt, wenn wir so lange darauf warten, bis unsere Außenminister oder die Bürokratien uns da ein fertiges Programm vorlegen, das wir sozusagen nur noch abzuhaken haben, dann wird die Sache nie

20 EWG-Ministerratssitzung in Brüssel vom 28. Juni bis 1. Juli 1964 (OSTERHELD: Außenpolitik S. 209–211).

zustande kommen. Ich bin der Meinung, die Außenminister sollen zwar im großen Rahmen die Konferenz der Regierungschefs vorklären, sie sollen aber, um eben keine Panne entstehen zu lassen, nicht so sehr in Details gehen, sondern sollen das den Regierungschefs in einer ersten Besprechung überlassen, ohne daß noch das Institutionelle, Materielle und Substantielle voll ausgefüllt ist.

Und da sagte mir General de Gaulle: Schön, ich sehe das ein, Sie wollen diese Konferenz, Sie brauchen sie vielleicht auch, also, ich stimme zu. Ich bin bereit, das Wagnis auf mich zu nehmen, mit einem nicht fertigen Programm in diese Konferenz der Regierungschefs zu gehen.

Herr de Gaulle hat nach alledem, was auch nach Rambouillet geschehen ist, keine Veranlassung zu irgendwelchen Maßnahmen. Und wir haben vor allen Dingen keine Schuld und brauchen uns auch nicht schuldig zu fühlen. Ich habe in zweimaliger Fühlung mit dem französischen Staatspräsidenten gestanden. Es hat kein auswärtiger Besuch in der Bundesrepublik stattgefunden, ohne daß ich unmittelbar anschließend den französischen Botschafter weitestgehend unterrichtet habe, und zwar immer im unmittelbaren Auftrag, er möge das dem französischen Staatspräsidenten übermitteln. Ich bin überzeugt, die Konferenz wird zustande kommen. Wer sich aber schon vor dem ersten Zusammenkommen die letzte Lösung, die letzte Perfektion vorstellt, der wird sich sicher einer Illusion hingeben.

Ich bin der Meinung, wenn man sich zwei- oder dreimal zusammensetzt, dann wird – gerade nach den Pannen mit dem Fouchet-Plan I oder mit dem Fouchet-Plan II – niemand mehr von dem Konferenztisch aufstehen wollen. Wir haben es in Brüssel erlebt. Da waren wir auch nicht von vornherein über alle Dinge einig. Aber wir haben uns an einen Tisch zusammengesetzt, wir waren an einen Tisch gezwungen, und wir haben dann auch immer Lösungen gefunden. Ich meine, nur mit dieser Methode, mit einem etwas lockeren Verfahren, und nicht mit perfekten Lösungen, kommen wir auch in der politischen Union weiter.

Ich sehe die Sache unter einem anderen Aspekt, nämlich unter einem sehr viel hoffnungsvolleren. Wir haben keinen Grund, jetzt schon so zu tun, als ob das gescheitert wäre, was vor uns steht. Es wird nach meiner Überzeugung auch gelingen. *(Lebhafter Beifall.)*

Adenauer: Das Wort hat Herr Lücke! (*Lücke:* Ich verzichte!) Sie wollten doch etwas sagen. (*Unruhe. – Zuruf:* Ich verzichte!) Bitte, Herr Barzel!

Barzel: Herr Vorsitzender, Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Als wir kamen, war Regen, jetzt scheint die Sonne. Ich meine, es ist eine gute Generalprobe, die wir hier machen, wo man etwas nervös ist.

Ich darf zu den Fragen zunächst ausführen: Ich habe auch am Freitag früh in der Presse gelesen „Bundeskanzler Dr. Adenauer a.D. wird nicht sprechen". Die Sitzung des Präsidiums war erst am Freitag vormittag, es griffen also die Pressemeldungen wieder einmal den Ereignissen voraus. Wir haben den Herrn Bundeskanzler Dr. Adenauer sehr herzlich gebeten, hier doch zu reden. Er war so liebenswürdig, mich vorzuschlagen, an seiner Stelle zu sprechen. Aber wir glaubten alle, daß es

zwingend im Interesse unserer Partei, im Interesse des Wahlsieges und im Interesse des Parteiprestiges liege, wenn wir heute abend einvernehmlich wieder Konrad Adenauer und Ludwig Erhard hier in Düsseldorf präsentieren. *(Starker Beifall.)*

Denn hier im Ruhrgebiet wird die Wahl entschieden. Wir haben heute morgen begonnen mit der Besinnung auf die Männer dieses Raumes für die Arbeitnehmerschaft. Diesen Akzent müssen wir heute abend auch setzen. Ich bin ganz sicher, meine Damen und Herren, daß es unserem Parteivorsitzenden, nachdem er hier einen Teil seiner Sorgen, über die er im einzelnen sprechen wollte, ausgebreitet hat, leichter werden wird, heute abend in einer großen Kundgebung unsere Geschlossenheit darzustellen.

Ich möchte jetzt nicht auf das abheben, was ich selbst erlebt habe. Man muß ein paar Sorgen haben, aber ich glaube, wenn wir weiter unseren klaren Kurs gehen, kommen wir damit auch voran. Die Gefährdung, in der wir sind, ist doch eine ganz andere. Ich möchte hier an dieser Stelle nur drei Dinge erwähnen. Zunächst möchte ich, weil ich noch keine Gelegenheit hatte, das vor einem Gremium zu tun, dem Herrn Bundeskanzler Erhard danken für die feste Entschlossenheit und die zügige Souveränität, mit der er die letzte Koalitionskrise bewältigt hat. *(Beifall.)*

Es besteht die Aussicht, am 10. Mai eine Konferenz der Außenminister der europäischen Länder und im Juli eine Konferenz der Regierungschefs abzuhalten. Das alles geht nicht so, wie wir uns das wünschen, aber es geht, auch wenn es mühsam geht. Wir müssen natürlich jetzt besonders in diesen Tagen aufpassen, denn jetzt ist Couve de Murville mit Fanfani zusammen, um eine Vorbesprechung abzuhalten. Es sollte uns in der Europainitiative nicht so gehen, wie es der FDP in der Deutschlandfrage leider gegangen ist. Sie wissen, daß wir uns bemühen, unter dem Dach der Vier zum Zwecke der Wiedervereinigung technische Kommissionen einzurichten. Während sich die Bundesregierung darum bemüht, geht nun der Parteivorsitzende Mende und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen hin und bezieht eine ganz andere Position, die das Dach der Vier und den Zweck der Wiedervereinigung überflüssig machen soll.[21] Das ist schädlich, und am Schluß wird die Bundesregierung vielleicht nicht den Erfolg haben, den sie sonst hätte haben können.

Es wird darauf ankommen, in der Europafrage ganz energisch zu sagen, daß wir die deutsch-französische Freundschaft wollen, daß wir konsultiert werden möchten, wenn da irgendwelche Dinge passieren. Wir sollten daran erinnern, daß in Rambouillet die Sache in Ordnung gekommen ist und daß es eine Abmachung zwischen unserem Bundeskanzler und dem französischen Staatspräsidenten für eine Konferenz der Regierungschefs im Juli gibt.

---

21 Mende hatte in seiner Eröffnungsrede zum XVI. Bundesparteitag der FDP am 22. März 1965 die Einrichtung von gesamtdeutschen technischen Kommissionen und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit ost- und südeuropäischen Staaten vorgeschlagen. Druck der Rede in: FDP (Hg.): XVI. Ordentlicher Bundesparteitag der Freien Demokratischen Partei. 22. bis 23. März 1965 in Frankfurt (Main). Bonn 1965 S. 5–41. Vgl. „Die Welt" vom 23. März 1965 „FDP: Gesamtdeutsche Kommissionen bilden".

Das ist doch die große Linie, meine Damen und Herren, auch wenn uns Kleinigkeiten nicht passen. Mir paßt auch sehr vieles nicht, aber am Schluß des Parteitages werden wir sehen, daß wir uns auch hier zusammengerauft haben. Ich habe nicht gesprochen, um etwas Besonderes zu sagen, sondern nur, um dafür zu sorgen, daß um 5 Uhr, wenn das größere Gremium der CDU, nämlich der Bundesparteiausschuß, zusammentritt, ein bißchen Sonnenschein dort hineingetragen wird. *(Beifall.)* Das Leitmotiv dieses Parteitages sollte sein: Eine ganz große Mehrheit der Deutschen möchte uns wieder wählen, nur müssen wir ihnen das möglich machen. *(Beifall.)* Ich glaube in der Tat, daß es möglich ist. Ich bin ganz sicher, daß für dieses Möglichmachen der heutige Abend von ganz großer Bedeutung ist. Ich meine auch, nachdem hier die Sorgen ausgesprochen worden sind – das gehört ja in ein solches Gremium –, daß es heute abend für die große Linie unserer Politik, für die Vereinigung Europas, für die Vereinigung des Vaterlandes und für eine gute Gesellschaftspolitik einen solchen Auftakt geben wird, daß wir morgen und übermorgen auf dem Parteitag – selbst wenn das Wetter wieder umschlagen sollte – den Sonnenschein und den Optimismus haben, den wir brauchen.

Meine Damen und Herren! Ich bin beinahe „erschrocken", als ich in dem Ihnen vorliegenden Bericht, den die Bundestagsfraktion dankenswerterweise mir gegeben hat, las, was wir alles schon geleistet haben.[22] Das ist ganz ungewöhnlich, was in diesen vier Jahren geschehen ist. Nur müssen wir davon ein bißchen mehr sprechen. Sie werden verstehen, warum ich mich hier vorgedrängt habe in der Rednerliste. Es ist gut, daß wir hier alles ausgeprochen haben, denn nun können wir wieder nach vorne sehen. *(Beifall.)*

Adenauer: Das Wort hat Herr Süsterhenn!

Süsterhenn: Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer! Wir waren alle sehr erschüttert über den Ernst der Situation, wie Sie ihn dargestellt haben. Ihre Darstellung war sehr gut, und sie war in diesem Gremium des Parteivorstandes auch notwendig. Es ist die übereinstimmende Meinung all derer, die hier sind, und auch unserer gesamten Partei, daß diese Auseinandersetzungen weitergeführt werden müssen im Parteivorstand, im Fraktionsvorstand, im Außenpolitischen Arbeitskreis der CDU und in den sonst dafür vorgesehenen Gremien. Wir glauben aber alle nicht, daß eine öffentliche Kundgebung der richtige Ort ist, über solche Dinge im einzelnen zu diskutieren. *(Starker Beifall.)* Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer! Nicht nur wir, die wir hier versammelt sind, sondern die ganze Partei wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie im Sinne der Ausführungen des Herrn Barzel auch für ein gutes Gelingen der heutigen Parteikundgebung sorgen würden.

Die SPD hat ja viel mehr Gegensätze als wir, aber sie versteht es doch immerhin, gegenüber den Wählern ein relativ einheitliches Bild darzustellen. Diesen Versuch sollten wir alle gemeinsam heute abend in der Kundgebung und auch in den nächsten drei Tagen während des Parteitages unternehmen. *(Lebhafter Beifall.)*

---

22 Vgl. CDU, 13. Bundesparteitag S. 745–759.

Adenauer: Das Wort hat Herr Kohl.

Kohl: Was zu beherzigen ist, ist wohl gesagt worden. Ich möchte auch im Namen vieler Freunde, die morgen noch hier anreisen, dringend darum bitten, über diesen Parteitag nicht den Satz zu stellen: Unsere Einigkeit glaubt uns kein Mensch. Sondern über diesem Parteitag muß stehen: Wir sind uns einig! Es sollte auch nicht nur ein herbeigesehnter Sonnenschein – ich will das Wort aufnehmen – sein, sondern wir sollten das tun, was bei den Sozialdemokraten selbstverständlich ist. Wenn die sich öffentlich dokumentieren, dann geben sie sich als eine Familie aus. Auch wir sollten hier die Solidarität der CDU zeigen, trotz aller Sorgen und Nöte und auch der Sorgen des Bundesparteivorsitzenden.

Ich darf Sie alle sehr herzlich und dringend bitten, meine Damen und Herren, einen Satz wie „Unsere Einigkeit glaubt uns kein Mensch" aus dem Vokabular unserer Partei zu streichen. Wenn wir Gegensätze haben, z. B. in der Außenpolitik, dann sollten wir diese unter uns diskutieren, wie es auch in der letzten Bundesvorstandssitzung beschlossen worden ist. Leider sind wir in der Zwischenzeit nicht mehr zusammengekommen. Aber mir scheint dieser Parteitag in Düsseldorf dafür völlig ungeeignet zu sein.

Die Leute, die uns wählen wollen und die daran glauben, daß man die CDU wählen kann, sollen wissen, daß wir als das Führungsgremium für uns selbst in Anspruch nehmen, auch gewählt zu werden. Es wäre eine schlechte Partei und eine schlechte Parteiführung, an diesem wesentlichen Grundsatz von vornherein selber zu verzweifeln. *(Beifall.)*

Adenauer: Herr Dr. Schmidt hat das Wort. (*Schmidt:* Ich verzichte!) Dann bitte Herr Lemke. (*Lemke:* Ich verzichte!) Dann bitte Herr Krone. (*Krone:* Ich verzichte auch! – *Bewegung und Unruhe.*) Ja, meine Herren, Sie sind großartig, erst melden Sie sich zum Wort, und dann verzichten Sie! (*Schmidt:* Ich hatte mich längst vor Herrn Mikat gemeldet! – *Unruhe.*) Also, meine Herren, darf ich Ihnen zweierlei sagen: Ich habe gestern diese meine Rede diktiert. Als ich sie heute morgen las, kam sie mir furchtbar schlapp vor. Das muß ich Ihnen offen sagen. Sie kam mir wirklich schlapp und zu wenig scharf vor. (*Dufhues:* Dann muß sie gut sein! – *Heiterkeit.*) Aber diese Aussprache hier ist mir mehr wert, als die Rede da drüben wert ist. *(Starker Beifall.)* Mir liegt als dem Vorsitzenden der Partei daran, Ihre Aufmerksamkeit auf diese Gefahr, in der wir schweben, zu lenken. Ich will Sie nicht mit weiterem Material – ich könnte es – behelligen, aber das eine möchte ich Ihnen doch, lieber Herr Erhard, sagen: Wenn Sie glauben, ein Auswärtiges Amt sei ehrlich, *(Lebhafte Heiterkeit)* auch gegenüber dem Bundeskanzler ehrlich, dann muß ich Ihnen sagen, Herr Schröder hat mich genauso beschwindelt, wie er Herrn Erhard beschwindelt. *(Lebhafte Unruhe und Bewegung.)* Jawohl, meine Herren, das sage ich Ihnen. Herr Schmidt, regen Sie sich nicht auf! (*Schmitz*[23]*:* Seien wir nicht pingelig! –

23 Heinz Schmitz (1909–1991), Kaufmann; 1960–1966 und 1968–1970 MdL NW (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 3 S. 632 Anm. 94.

Heiterkeit. – Anhaltende Unruhe.) Kriegen Sie keine Krämpfe! Das fehlte gerade noch. (*Schmidt:* Ich habe keine Krämpfe! – *Anhaltende Unruhe.*) Meine Herren! Es ist so, wie ich sage, glauben Sie es mir doch, und zwar aus folgender Gedankentechnik heraus: Die Herren stehen auf dem Standpunkt – das haben mir Botschafter schon so vorgetragen –, daß die auswärtigen Angelegenheiten spezielle und alleinige Aufgabe des Außenministeriums seien und daß der Bundeskanzler ihnen lediglich Richtlinien zu geben habe. *(Anhaltende Unruhe.)* Damit Sie sehen, daß ich das – obgleich es so ist – nicht so tragisch nehme: Als ich noch Bundeskanzler war ... (*Fricke:* Dann hat der Bundeskanzler auch dem Außenminister nicht immer die reine Wahrheit gesagt! – *Heiterkeit. – Unruhe.*) Das sage ich ja gerade, da hat der Herr Schröder in einem kleineren Kreis gesagt, er amüsiere sich immer über den Satz im Grundgesetz: „Der Bundeskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik." (*Fricke:* Herr Bundeskanzler! Ich sprach von der Zeit, wo Sie selbst das Auswärtige Amt noch leiteten.) Das sage ich ja die ganze Zeit. (*Lebhafte Heiterkeit. – Mehrere Zurufe:* Wenn Gesetze gemacht wurden!) Ach so, wenn Gesetze gemacht wurden. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung. – Meyers:* Sie haben sich selbst auch nicht immer alles gesagt! – *Lebhafte Heiterkeit.*) Meine Herren, lassen wir die Sache bitte nicht scherzhaft sehen. Dafür ist sie wirklich zu ernst. Es handelt sich um Sein oder Nichtsein für Deutschland.

Wenn die französische Freundschaft weggeht und wir zwischen einem mit Rußland verbündeten Frankreich liegen, dann möchte ich gerne wissen, was aus Deutschland wird. So müssen wir doch die Sache sehen, und so bitte ich Sie, mich auch zu verstehen. Ich wiederhole, versprechen Sie mir, wenigstens über die Dinge, die ich Ihnen jetzt gesagt habe, noch einmal nachzudenken. *(Zustimmung.)* Daran liegt mir mehr, als wenn ich das gleich in irgendeinem Saal vortrage. *(Lebhafter Beifall.)*

Schmidt: Zur Geschäftsordnung! Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer, ich habe den Eindruck, es wäre nicht dringend erforderlich, daß Sie bei der Bundesausschußsitzung dabei sind. Nach meiner Auffassung sollten die beiden Herren miteinander versuchen, sich in den entscheidenden Passagen Ihrer Ausführungen heute abend abzustimmen und im übrigen der Ruhe zu pflegen, was nach meiner Auffassung wichtiger ist, als daß Sie jetzt bei der Bundesausschußsitzung dabei sind. (*Burgbacher:* Das ist aber eine Sache, die von den Leuten ganz anders aufgefaßt wird! – *Unruhe und Bewegung.*)

Adenauer: Wenn jetzt der Bundeskanzler Erhard und ich uns irgendwie in eine Ecke setzen, dann sollen Sie mal das Gerede hören! (*Zurufe:* Sehr richtig!) Nein, das halte ich nicht für richtig, Herr Schmidt. Wir machen die Sitzung mit dem Bundesparteiausschuß relativ kurz. Ich habe gerade mit dem Kollegen Erhard darüber gesprochen. Es wäre sehr gut, wenn Herr Erhard und ich uns in Bonn unter vier Augen einmal aussprächen. *(Anhaltend starker Beifall.)* Wird das Wort noch gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Sitzung und danke Ihnen allen.